

10.12.2024

# Antrag

der Fraktion der SPD

## **Geplante Neuausrichtung der EU-Kohäsionspolitik nach 2027 – föderale und kommunale Mitgestaltung statt Zentralisierung!**

### **I. Ausgangslage**

In den letzten Wochen hat die Debatte um die Neuausrichtung der EU-Strukturpolitik im Rahmen der Vorbereitungen des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) nach 2027 nicht nur in Brüssel an Fahrt aufgenommen. Nachdem EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen im Sommer 2024 angekündigt hatte, den EU-Haushalt zu reformieren, sind im Herbst konkretere Pläne aus der EU-Kommission "durchgesickert".<sup>1</sup> Diese Pläne sehen u. a. eine Zusammenlegung wesentlicher Fonds vor, etwa aus dem Bereich der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) und der Kohäsionspolitik, deren eigentliches Ziel es ist, den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in der EU zu stärken.

Statt eine Vielzahl einzelner Programmpläne in Absprache mit den Regionen aufzulegen, gibt es Überlegungen, die Zuschüsse in einem einzigen nationalen Plan an die Hauptstädte fließen und von dort aus zentral verwalten zu lassen. Das würde für die Regionen bzw. das Land und die Kommunen in NRW radikale Änderungen mit sich bringen. NRW könnte die Förderprogramme nicht mehr selbst mitgestalten und verwalten. Die Entscheidungsbefugnisse würden sich auf die nationale und die EU-Ebene verlagern. Auch ist die Rede davon, dass die Bewilligung dieser Gelder an die Erfüllung bestimmter Reformen gekoppelt sein soll, ähnlich dem Mechanismus des Wiederaufbaufonds NextGenerationEU.

Auch wenn unstrittig ist, dass der neue MFR fiskalische und zukunftsfähige Antworten auf die neuen multiplen Herausforderungen der EU und ihrer Mitgliedsstaaten und Regionen geben muss und auch wenn unstrittig ist, dass die Förderstruktur auf allen beteiligten Ebenen unbürokratischer und flexibler gestaltet sein muss, hat der im "geleakten" Papier skizzierte Paradigmenwechsel bei regionalen und föderalen Akteuren in der ganzen Europäischen Union, insbesondere in den föderal organisierten EU-Mitgliedsstaaten, die Alarmglocken läuten lassen.

Die Regionalförderung über die Kohäsion macht derzeit mit 392 Milliarden Euro den zweitgrößten Posten im EU-Haushalt aus und hat in der Vergangenheit dafür gesorgt, dass die übergeordneten europäischen Ziele wie Innovation, Klimaschutz und Nachhaltigkeit mit den Zielen von Regionalität, Ausgleich und Wachstum gut vereinbar waren. Die Erfahrbarkeit

---

<sup>1</sup> Vgl. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mehr-wirtschaft/die-eu-kommission-plant-einen-radikalen-umbau-des-haushalts-110029301.html> oder <https://www.politico.eu/article/european-commission-budget-economic-reforms-conditions-power-grab/>, letzter Zugriff am 28.11.2024.

europäischer Politik und die Zielsetzung vor Ort hängt eng mit der föderalen und regionalen Ausgestaltung und Verwendung von EU-Fördermitteln zusammen.

Allein in NRW hat die EU in der aktuellen Förderperiode aus dem Topf des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) 1,3 Milliarden Euro, 680 Millionen Euro aus dem Just Transition Fund (JTF)<sup>2</sup> sowie 560 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF+) bereitgestellt, die hier in Nordrhein-Westfalen mit Ko-Finanzierung von Land und Bund als Investitionen in Transformation, Strukturwandel, soziale Gerechtigkeit und bessere Ausbildungs- und Berufschancen ausgeschüttet wurden und werden. Gerade in herausfordernden Zeiten sind diese europäischen Mittel und ihre dezentrale Verteilung von herausragender Bedeutung für das Gelingen einer präventiven Strukturpolitik, die für mehr sozialen Zusammenhalt, für die Förderung von Innovationen und mehr Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandort NRW sorgt.

Dementsprechend besorgt zeigt sich eine breite Allianz kommunaler Akteure vom Städtetag NRW, dem Städte- und Gemeindebund NRW oder dem Regionalverband Ruhr. Auch die Bundesländer beschäftigen sich in den letzten Monaten intensiv mit möglichen Plänen zur Neuaufstellung des EU-Haushalts nach 2027. So haben sich die Europaminister/-innen der Länder am 20. November 2024 mit der EU-Kohäsionspolitik und der Notwendigkeit, das Subsidiaritätsprinzip beizubehalten, auseinandergesetzt. Entsprechende Überlegungen und Positionierungen dürften Eingang in mögliche Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz am 12. Dezember 2024 finden. Auch auf EU-Ebene gibt es deutliche Stellungnahmen gegen die Zentralisierungstendenzen. Dies zeigt z. B. ein Forderungspapier von 74 europäischen Regionen, inklusive des Präsidenten des Ausschusses der Regionen, das auf Initiative des Freistaats Bayern am 20. November 2024 zustande gekommen ist und die EU-Kommission auffordert, die Regionen auch in Zukunft aktiv in die Gestaltung der Förderpolitik einzubinden.<sup>3</sup>

## II. Der Landtag stellt fest, dass

- die Regionen in der EU, d. h. das Land NRW, aber auch die Kommunen nicht von Entscheidern zu Umsetzern oder Empfängern werden dürfen. Dies würde den Verlust regionaler Expertise, die Abkehr vom Subsidiaritätsprinzip und der Partnerschaft zwischen Regionen und EU-Kommission bedeuten. EU-geförderte Projekte vor Ort sind ein wichtiger Anknüpfungspunkt von Bürgerinnen und Bürgern zur Identifikation mit dem europäischen Projekt. Dieser lokale Bezug und die konkrete Erfahrbarkeit sind wichtig für die Sichtbarkeit der EU im Alltag der Menschen. Eine potenzielle Nationalisierung von EU-Geldern birgt außerdem die Gefahr, dass die Mittel zwischen den Sektorenzielen einfacher übertragen werden können und somit in nationalen Förderinstrumenten "verschwinden" oder zur akuten Krisenbewältigung "zweckentfremdet", statt in langfristig angelegten Investitionsprogrammen unter Berücksichtigung regionaler Besonderheiten umgesetzt werden. Auch muss die parlamentarische Kontrolle über die Mittelvergabe gewahrt bleiben.
- erfolgreiche europäische Integration nur gelingen kann, wenn die Ziele der Kohäsionspolitik an die neuen Herausforderungen angepasst werden und weiterhin alle Regionen eine Förderung bekommen können. Die Fördermittel müssen in den Regionen verwaltet werden. Maßgeschneiderte Lösungen von der Stange gibt es für die Vielfalt der Regionen und die unterschiedlichen Herausforderungen nicht.

<sup>2</sup> Gesamte JTF-Mittel für EFRE und ESF+.

<sup>3</sup> Vgl. [https://www.iledefrance-europe.eu/fileadmin/user\\_upload/For\\_a\\_modern\\_choesion\\_policy\\_SIG-NED\\_20-11-2024.pdf](https://www.iledefrance-europe.eu/fileadmin/user_upload/For_a_modern_choesion_policy_SIG-NED_20-11-2024.pdf), letzter Zugriff am 29. November 2024.

- Akteurinnen und Akteure vor Ort stärker eingebunden werden müssen. Es bedarf mehr ortsbezogener und regionalspezifischer Ansätze. Um das Ziel eines bürgernahen Europas weiter voranzutreiben, ist es notwendig, den Regionen, die diese Instrumente anwenden, zusätzliche Vorteile zu gewähren. Dies könnte etwa durch eine Erhöhung der EU-Anteile in der Förderung sowie durch eine klare Vereinfachung und Flexibilisierung der Umsetzungsregeln erfolgen.

### III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- sich weiterhin auf nationaler und EU-Ebene für eine regional verankerte Vergabepaxis und gegen Zentralisierungspläne der EU-Kommission für den MFR nach 2027 einzusetzen, insbesondere mit Blick auf die für NRW besonders relevanten EU-Fördermittel. Dabei ist die Landesregierung aufgefordert, einen erheblichen Beitrag zur Stärkung der regionalen Perspektive gegenüber der EU-Kommission zu leisten, in enger Abstimmung mit den kommunalen Akteuren in NRW, den anderen Bundesländern, aber insbesondere auch mit anderen europäischen Regionen. Eine starke Verhandlungsposition der Regionen gegenüber der EU-Kommission, in enger Absprache mit der Bundesebene, ist jetzt elementar und zeitkritisch.
- in den nächsten Monaten umfassend und kritisch zu prüfen, wie NRW die Förderstrukturen zukünftig entbürokratisieren, vereinfachen, Adressaten-freundlicher sowie Service-orientierter gestalten und Verfahren beschleunigen und vereinfachen will, um gegenüber der EU-Kommission den Mehrwert der dezentralen EU-Mittelvergabe fundiert herausstellen zu können. Dies soll unter Berücksichtigung der aktuellen Reformdebatten und den sich konkretisierenden Pläne zur strategischen Neuausrichtung der Förderstruktur auf EU-Ebene geschehen. Bei der Erarbeitung möglicher Reformvorschläge sind der Abbau administrativer Hürden und ein besserer Zugang zu EU-Fördermitteln für lokale und regionale Akteure essenziell. Das Ziel, die Teilhabe aller Bevölkerungsschichten bei der Auflegung von Operationellen Programmen im Blick zu behalten, ist dabei ein wichtiges Element. Zu einer vorausschauenden und zukunftsfähigen EU-Strukturpolitik in NRW soll es eine Aussprache in einer der ersten Sitzungen des Ausschusses für Europa und Internationales 2025 geben.
- sich für eine starke Kohäsionspolitik nach 2027 mit auskömmlichen Förderprogrammen in vergleichbarer Höhe, die unter Einbeziehung der kommunalen und regionalen Ebene entwickelt und umgesetzt werden, einzusetzen. Dabei soll das Prinzip der geteilten Mittelverwaltung beibehalten und gestärkt werden.

Jochen Ott  
Ina Blumenthal  
Alexander Vogt  
Inge Blask

und Fraktion